

PRESSEINFORMATION 55/2026

PISA-Ergebnis: BWIHK fordert Kurswechsel in der Bildungspolitik

Susanne Herre: Wir müssen es wieder schaffen, das Potenzial der jungen Menschen zu wecken

Stuttgart, 8. September 2026 – Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) sieht in dem schwachen Abschneiden Deutschlands in der aktuellen PISA-Studie einen Weckruf für die Bildungspolitik. Die allgemeinbildenden Schulen müssten Leistung wieder stärker in den Mittelpunkt rücken, Basiskompetenzen verlässlich vermitteln und die Lernergebnisse evaluieren.

Auf den Bildungsauftrag konzentrieren

„Es ist höchste Zeit, dass wir uns wieder auf den Kern des schulischen Bildungsauftrags konzentrieren, statt über Hitzefrei und Ähnliches zu diskutieren“, sagt Susanne Herre, Hauptgeschäftsführerin der IHK Region Stuttgart. Die IHK ist innerhalb des BWIHK federführend für die Themen Berufliche Ausbildung und Fachkräfte.

Bei dem heute veröffentlichten PISA-Ranking haben sich die Leistungen deutscher Schüler im internationalen Vergleich erneut verschlechtert. Defizite liegen insbesondere in Mathematik und den Naturwissenschaften, aber auch im für die Sprachkompetenz zentralen Fach Deutsch.

Viele Schulabgänger sind nicht reif für die Ausbildung

Die IHK-Hauptgeschäftsführerin zeigt sich von dem PISA-Ergebnis nicht überrascht. „Schon lange beobachten Unternehmen, dass viele Bewerberinnen und Bewerber für Ausbildungsplätze die grundlegenden Voraussetzungen für eine erfolgreiche Ausbildung nicht mitbringen – und ihre Zahl nimmt zu.“ Bei einer im Sommer veröffentlichten IHK-Umfrage unter Ausbildungsbetrieben in Baden-Württemberg hatten fast alle Unternehmen die mangelnde Ausbildungsreife vieler angehender Azubis beklagt. Vermisst wurden zum Teil sogar elementare Rechenkenntnisse sowie mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen.

Bildungspolitik muss jetzt handeln

„Die jungen Menschen sind heute nicht weniger begabt als noch vor einigen Jahren“, betont Herre. „Wir schaffen es aber offensichtlich nicht mehr in ausreichendem Maße, ihr Potenzial zu wecken und das Beste aus ihnen herauszuholen.“ Der Weckruf müsse daher vor allem

der Bildungspolitik gelten. „Wer die Schule verlässt, muss ausbildungsreif oder studierfähig sein“, fordert Herre. „Voraussetzung ist, dass alle Schülerinnen und Schüler entsprechend ihren Fähigkeiten bestmöglich gefördert werden.“ Notwendig sei auch eine konsequente Berufs- und Studienorientierung an allen Schularten.

Als wichtigen Schritt lobt Herre die Einführung eines verpflichtenden letzten Kindergartenjahres, die Baden-Württemberg als bisher einziges Bundesland plant. „Man kann nicht früh genug damit anfangen, die Sprachkompetenz von Kindern zu entwickeln und zu stärken, damit sie die Voraussetzungen für ihren weiteren schulischen und beruflichen Lebensweg bekommen.“ Dies gelte insbesondere, aber nicht nur, für Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund.

Darüber hinaus bedürfe es aber auch schnell wirkender Maßnahmen, die sich schon auf die aktuelle Generation von Schülerinnen und Schülern auswirken, so Herre. Eine Möglichkeit wäre, die Lehrpläne zu straffen und auf die wirksame Vermittlung der Basiskompetenzen zu fokussieren, etwa auf Lesefähigkeit, Leseverständnis, Sozialverhalten, Rechnen und technisches Grundwissen. „Wir brauchen keine weiteren PISA-Studien, um zu begreifen, dass jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, zu handeln“, so die IHK-Chefin.

Ansprechpartner für Medienschaffende:

BWIIHK | FF Ausbildung
IHK Region Stuttgart
Walter Beck
Telefon 0711 2005-1347
E-Mail: walter.beck@stuttgart.ihk.de

Diese und weitere Pressemeldungen finden Sie [hier](#).

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHKs). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.